



A) Öffentlicher Teil	4
1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	4
2. Niederschrift vom 1.3.2010	5
3. Wahl einer/eines Beigeordneten	5
Bezug: HA 10.5.10	5
Vorlage-Nr. 214/85 t	5
4. Satzungen	7
4.1 Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme von Kindern an der Offenen Ganztagschule an Grundschulen der Stadt Brühl	7
Bezug: SchA 23.3.10 und JHA 6.5.2010	7
hierzu: Antrag der fw/bVb-Fraktion vom 31.3.2010	7
Vorlage-Nrn. 24/03 ay und 24/03 az	7
4.2 3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Brandschau in der Stadt	11
Bezug: HA 19.4.10	11
Vorlage-Nr. 106/99 j	11
4.3 9. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für den Krankentransport und die Notfallrettung in der Stadt Brühl – Satzung Rettungsdienst –	11
hier: Krankenkraftwagen-, Notarzteinsatzfahrzeug- und Notarztgebühr	11
Vorlage-Nr. 106/99 l	11
5. Entgeltordnung für die Leistungen der Brandschutzdienststelle der Stadt Brühl	11
Bezug: HA 19.4.10	11
Vorlage-Nr. 106/99 k	11
6. Widerruf der Bestellung der Betriebsleitung des ehemaligen Entsorgungsbetriebes ‚Abwasserbeseitigung‘	11
Bezug: HA 19.4.10	11
Vorlage-Nr. 23/95 p	11
7. Wahl des Integrationsausschusses am 7.2.10	12
hier: Gültigkeit der Wahl	12
Bezug: WPA 15.4.10	12
Vorlage-Nr. 26/08 s	12
8. Ermächtigungsübertragung aus dem Haushaltsplan 2009 nach 2010	12
Bezug: 1. Übertragungsvorlage Rat 1.3.10	12
Vorlage-Nr. 40/09 t	12
9. Haushaltssatzung 2010	12
hier: Anzeigeschreiben Kommunalaufsicht Rhein-Erft-Kreis	12
Bezug: Rat 1.3.10 und HA 10.5.10	12
Vorlage-Nr. 40/09 s	12
10. Klage gegen das Einheitslastenabrechnungsgesetz	12
Bezug: HA 10.5.10	12
Vorlage-Nr. 24/10	12
11. Bahnhofsumfeld	12
Bezug: HA 19.4. u. 10.5.10	12
Vorlage-Nr. 11/09 c	12

12. Regionale 2010/RegioGrün	13
Festlegung eines Stadtumbaugebietes West gem. § 171b BauGB	13
Bezug: PStA 26.1.10	13
Vorlage-Nr. 19/03 k	13
13. Ergebnisabführungsvertrag Stadtwerke/Gebausie	13
hier: Beauftragung Gesellschaftervertreter	13
Vorlage-Nr. 27/10	13
14. Antrag	13
14.1 Finanzielle Auswirkungen der Aufgabenzuweisung des Landes NRW an die Kommunen	13
hier: Antrag der Fraktion ‚Die Linke.‘ vom 22.3.10	13
Vorlage-Nr. 7/03 c	13
15. Umbesetzung in Ausschüssen	14
15.1 Umbesetzung im Schulausschuss	14
hier: Antrag der städt. Katholischen Grundschule Brühl-Pingsdorf vom 11.3.2010	14
15.2 Umbesetzung im Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung	14
hier: Antrag der fw/bVb-Fraktion vom 16.4.10 – mündlich vorgetragen -	14
16. Anfragen	14
16.1 Mitfinanzierung der Wirtschaftsförderung Rhein-Erft GmbH (WfG) durch die Stadt Brühl	14
Vorlage-Nr. 32/86 q+r	14
17.2 „Felgenkiller“	15
17.3 Gewerbegebiet Nord; Kiesgrube	15
17.4 Eisenwerk	15
17.5 Jugendhilfeausschuss	15
17.6 Fahrraddiebstahl und Einbrüche	16
17.7 Frauenförderplan	16
17.8 Spielplatz Mühlenberg	16
17.9 Querung Kuckuckstor für Rollstuhlfahrer	16
B) Nichtöffentlicher Teil	17
18. Anfragen	17
18.1 Bahnhofsumfeld	17

**Bürgermeister Kreuzberg** eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

## A) Öffentlicher Teil

### Zur Tagesordnung:

**Bürgermeister Kreuzberg** verweist auf die ausgelegte Tischvorlage „9. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für den Krankentransport und die Notfallrettung in der Stadt Brühl – Satzung Rettungsdienst -; hier: Krankenkraftwagen, Notarzteinsatzfahrzeug und Notarztgebühr“, Vorlage-Nr. 106/99 I, und bittet, diese unter TO-Pkt. 4 zu ergänzen.

**Fraktionsvorsitzender Schmitz** (fw/bVb) kündigt eine Umbesetzung seiner Fraktion im Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung an.

**Bürgermeister Kreuzberg** verweist auf TO-Pkt. 15 „Umbesetzung in Ausschüssen“ und bittet, den Antrag dort zu stellen.

**Ratsfrau Niclasen** (Grüne) beantragt, den TO-Pkt. 3 „Wahl einer/eines Beigeordneten“ abzusetzen. Die Begründung bittet sie, zu Protokoll zu nehmen: „Wir haben uns die Bewerbungsunterlagen angesehen und es gab Vorstellungen im Hauptausschuss. Für uns ist niemand dabei, der diese Aufgabe qualifiziert erarbeiten könnte. Deshalb möchten wir gerne, dass der Punkt abgesetzt wird, da wir eine Besetzung zum heutigen Zeitpunkt für zu früh halten.“

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) spricht sich gegen den Antrag aus. Er kritisiert, dass sich Frau Niclasen der Tragweite ihrer Äußerungen wohl nicht bewusst sei, da sie damit alle Bewerberinnen und Bewerber als ungeeignet disqualifiziere. Es seien sehr wohl geeignete Bewerberinnen und Bewerber dabei gewesen. Es habe Fraktionen gegeben, die Vorschläge zur Vorstellung im Hauptausschuss gemacht hätten. Die GRÜNE-Fraktion habe keine Vorschläge gemacht. Im Hauptausschuss habe dann ein klares Abwägungsverfahren stattgefunden, in dessen Folge es dann zu dem vorliegenden Beschlussvorschlag gekommen sei.

---

Der Rat lehnt den Antrag der Grünen auf Absetzung des Tagesordnungspunktes 3 „Wahl einer/eines Beigeordneten“ ab.

Abstimmungsergebnis: 27 : 20 bei 4 Enthaltungen

## 1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

**Herr Philipp Keller**, Daberger Höhe 25, Brühl, nimmt Bezug auf die Erhöhung der Grundsteuer B und fragt, welche Kosten der Stadt sein kleines Grundstück verursache und warum ständig an der Grundsteuer gedreht werde. 1971 habe er das Grundstück von der Stadt Brühl über die Gebausie erworben. Damals habe er umgerechnet 5,00 € Grundsteuer bezahlt; heute solle er 284 € bezahlen. Sein Einkommen habe sich in dieser Zeit gerade einmal verdoppelt. Er fragt, ob dies sachlich richtig sei und ob es richtig sei, dass die Stadt die „Großgrundbesitzer“ und auch die Gewerbesteuerzahler schone.

**Bürgermeister Kreuzberg** führt aus, dass die Grundsteuer B während seiner Amtszeit noch nicht erhöht worden sei. Die Erhöhung sei auch nur vor dem Hintergrund des drohenden Haushaltssicherungskonzeptes notwendig gewesen. Man habe sich für eine Erhöhung der Grundsteuer B entschieden, um nicht alle Steuerzahler zu treffen sondern in diesem Falle lediglich die Haus- und Grundeigentümer. Von einer Erhöhung der Gewerbesteuer wären alle betroffen, zumal er die Erhöhung der Gewerbesteuer zum jetzigen Zeitpunkt für kontraproduktiv halte. Er versichert, dass man sich die Entscheidung im Verwaltungsvorstand nicht einfach gemacht habe; eine andere Entscheidung sei jedoch in Anbetracht der Haushaltslage, die auch bedingt sei durch die konjunkturelle Krise in Deutschland, nicht möglich gewesen.

**Herr Johannes Könen**, Schultheißstr. 54, Brühl, nimmt Bezug auf die 725-Jahr-Feier und fragt, welche Versprechungen Herr Rüttgers gemacht habe.

**Bürgermeister Kreuzberg** teilt mit, dass Ministerpräsident Rüttgers keine Versprechungen gemacht habe. Er habe als Schirmherr der 725-Jahr-Feier und Hausherr von Schloss Augustusburg an den Feierlichkeiten teilgenommen.

**Herr Könen** bezweifelt, dass anlässlich des Besuches nicht über politische Belange gesprochen worden sei.

**Bürgermeister Kreuzberg** betont nochmals, dass es selbstverständlich sei, den Ministerpräsidenten als Repräsentant des Landes Nordrhein-Westfalen zu einer solchen Feier einzuladen.

## 2. Niederschrift vom 1.3.2010

**Fraktionsvorsitzender Schmitz** (fw/bVb) nimmt Bezug auf seine Haushaltsrede, die der Niederschrift beigelegt sei. Er habe nun festgestellt, dass er im Zusammenhang mit seinen Ausführungen zur Wirtschaftsförderungsgesellschaft Rhein-Erft und der kritisierten Teilnahme des Bürgermeisters an den Aufsichtsratssitzungen vergessen habe, die Jahreszahl 2009 zu nennen. Dadurch sei es zu Irritationen gekommen, die er bedauere.

---

Gegen die Fassung der Niederschrift vom 1.3.2010 werden keine Einwände erhoben.

## 3. Wahl einer/eines Beigeordneten

**Bezug: HA 10.5.10**

**Vorlage-Nr. 214/85 t**

**Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Baule** (fw/bVb) weist auf die Problematik hin, dass man auf der einen Seite zur Zeit eine der bisher größten Finanzkrisen durchlebe und auf der anderen Seite hier eine neue Dezernentenstelle eingerichtet werden solle. Die Schaffung einer kostenträchtigen neuen Stelle sei eigentlich gerade jetzt nicht von Nöten. Sie erinnert an das Krups-Gutachten, das gerade zur Erreichung einer Personalkostenreduzierung in Auftrag gegeben worden sei und fragt, ob dies heute wieder vergessen sei. Die Einrichtung einer zusätzlichen Beigeordnetenstelle sei jedenfalls für den Steuerzahler unzumutbar und nicht nachvollziehbar. Abschließend betont sie, dass dies nichts mit der Person des vorgeschlagenen Bewerbers zu tun habe.

**Bürgermeister Kreuzberg** stellt richtig, dass die Einrichtung der Stelle bereits beschlossen sei und daher heute nicht mehr zur Diskussion stehe. Im Übrigen habe er bereits in seiner Vorlage vom 19. Januar 2010, Vorlage-Nr. 40/09 k, sowie in seiner Haushaltsrede darauf hingewiesen, dass man durch die Einrichtung einer zusätzlichen Dezernentenstelle den städtischen Haushalt um über 270.000 € pro Jahr entlaste und damit eine Personalkostenreduzierung erreiche. Dies sei allerdings nur zum jetzigen Zeitpunkt aufgrund der derzeitigen Rahmenbedingungen möglich, da sich auf der Fachbereichsleiterenebene Vakanzen ergeben hätten und noch weitere eintreten würden, die durch Umorganisationen und Einstellung eines weiteren Beigeordneten aufgefangen werden könnten. Er bitte daher ausdrücklich, zur Kenntnis zu nehmen, dass das Sparen immer und auch hier an erster Stelle stehe.

**Ratsherr Bohlken** (fw/bVb) führt aus, dass er seine Ansicht zur Einführung einer dritten Beigeordnetenstelle sowie die Art der Ausschreibung bereits in der letzten Ratssitzung dargelegt habe. Der Ablauf der Ausschreibung habe seine Meinung bestätigt und er bedauere, dass hier Bewerberinnen und Bewerber guten Glaubens viel Mühe und Zeit aufgewandt hätten für eine chancenlose Sache. Dabei sei ein Stück Glaubwürdigkeit der Politik verloren gegangen. Im Übrigen bedauere er die Instrumentalisierung engagierter und einsatzbereiter Interessenten für formelle Organisationsprozesse. Damit verletze man seiner Ansicht nach etwas, was er als Würde bezeichnen

möchte. Dies sei ein hohes menschliches Gut und dies sei hier verletzt worden. Es sollte s. E. möglich sein, künftig andere und bessere Wege zu finden.

**Bürgermeister Kreuzberg** erwidert, dass man hier den Vorschriften der Gemeindeordnung gefolgt sei. Die Kritik müsse man daher an den Gesetzgeber richten. Man habe gemäß dem vorgeschriebenen Verfahren nachprüfbar eine Bestenauslese vorgenommen.

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) erklärt, dass Hauptargument für die Entscheidung zur Einrichtung einer zusätzlichen Beigeordnetenstelle die damit verbundene dauerhafte Einsparung sei. Insofern stehe Krups gerade hinter diesem Beschluss.

Hier von chancenlos zu sprechen, halte er für absolut unfair. Vielmehr hätten viele Bewerber und Bewerberinnen ausreichende Qualifikationen nachweisen können.

Seine Fraktion habe sich intensiv auf die Hauptausschusssitzung vorbereitet. Dort habe ein erschöpfender Abwägungsprozess stattgefunden, der zu einem nachvollziehbaren Vorschlag geführte habe. Er könne daher nicht verstehen, was es hier zu kritisieren gebe.

Abschließend macht er nochmals deutlich, dass seine Fraktion vorschlage, Herrn Schiffer zum neuen Beigeordneten zu wählen.

**Fraktionsvorsitzender Dr. Petran** (SPD) kritisiert, dass es sich aufgrund der Vorgeschichte und der Rahmenbedingungen nicht um ein offenes Verfahren gehandelt habe. Im Übrigen erziele man die Einsparung nur bei der jetzt vorgesehenen Besetzung der Stelle.

Da nach Ansicht seiner Fraktion eine neue Beigeordnetenstelle die Chance biete, neuen Sachverstand von außen einzubringen, lehne seine Fraktion den Vorschlag des Hauptausschusses ab.

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) kündigt eine Nachprüfung des Verfahrens durch die Aufsichtsbehörde an.

**Fraktionsvorsitzender Riedel** (LINKE) schlägt vor, die Bewerberin Frau Marion Duisburg zur Beigeordneten zu wählen und beantragt geheime Wahl.

**Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Baule** (fw/bVb) betont nochmals, dass sie Herrn Schiffer sehr schätze. Sie habe aber auch das Ohr am Bürger und dort komme es schlecht an, wenn der Rat Geschenke mache.

**Bürgermeister Kreuzberg** glaubt, dass die Bürgerinnen und Bürger die Entscheidung mit der richtigen Argumentation sehr wohl verstehen. Im Übrigen sei der Vorschlag seit Dezember bekannt und bisher habe noch niemand eine bessere Berechnung vorgelegt.

Auf die Frage des **Ratsherrn Weesbach** (SPD), ob eine Postennachbetrachtung vorgesehen sei, erwidert **Bürgermeister Kreuzberg**, dass dies wie üblich im Rahmen der Etatberatung möglich sei.

**Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Berg** (SPD) macht nochmals deutlich, dass es zu einer Kosteneinsparung nur dann komme, wenn man einen Innenbewerber zum Beigeordneten wähle. Im Übrigen sei es doch wohl so, dass man noch mehr Kosten einsparen, wenn man Herrn Schiffer nicht zum Beigeordneten wähle.

**Bürgermeister Kreuzberg** bezeichnet die Äußerung als Propaganda und verweist nochmals auf seine Darstellungen in der Vorlage-Nr. 40/09 k, der man entnehmen könne, dass es aufgrund der mit der Neueinrichtung einer Beigeordnetenstelle verbundenen Umorganisation in der Verwaltung auf jeden Fall zu Einsparungen komme, auch wenn man sich für einen Außenbewerber entscheiden würde.

Der Rat wählt in geheimer Abstimmung

### **Herrn Gerd Schiffer**

unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit für die Dauer von 8 Jahren zum Beigeordneten der Stadt Brühl. Die Wahlzeit beginnt mit dem Wirksamkeitszeitpunkt der Ernennung.

Die Besoldung erfolgt nach Besoldungsgruppe A 16 Bundesbesoldungsgesetz. Die Aufwandschädigung richtet sich nach der Eingruppierungsverordnung in der jeweils geltenden Fassung.

#### Wahlergebnis:

von 51 gültigen Stimmen entfielen

2 Stimmen auf die vorgeschlagene Bewerberin Marion Duisburg und

27 Stimmen auf den vorgeschlagenen Bewerber Gerd Schiffer.

20 Ratsmitglieder stimmten mit „nein“ und

2 Ratsmitglieder enthielten sich der Stimme.

#### **4. Satzungen**

##### **4.1 Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme von Kindern an der Offenen Ganztagschule an Grundschulen der Stadt Brühl**

**Bezug: SchA 23.3.10 und JHA 6.5.2010**

**hierzu: Antrag der fw/bVb-Fraktion vom 31.3.2010**

**Vorlage-Nrn. 24/03 ay und 24/03 az**

**Ratsfrau Mäsgen (GRÜNE)** führt aus, dass die Tatsache, dass die Verwaltung für die Ratssitzung noch eine neue Vorlage bringe, zeige, dass argumentativ nachgebessert werden solle. Damit erreiche man jedoch lediglich eine Beschönigung der verbleibenden, massiven Erhöhung der Elternbeiträge. Klar sei, dass der durchschnittliche Beitrag von 50 auf 65 € angehoben werde und die Eltern damit im Schnitt 30% mehr zahlen müssten.

Herr Brandt habe in der letzten SchA-Sitzung vorgerechnet, dass die Stadt bisher pro Kind und pro Jahr einen Zuschuss von 655 € gezahlt habe; nach der neuen Regelungen sollen es nur noch 489 € sein, was für die Stadt eine Einsparung in Höhe von 25 % bedeute. Als Begründung habe er einzig und alleine die derzeit schwierige Haushaltslage und das drohende Haushaltssicherungskonzept angegeben.

Nun rechne der Bürgermeister allerdings etwas ganz anderes vor. Statt 1.350 € pro Kind und Jahr würden an die Träger künftig 1.600 € gezahlt; dies wären dann 18% mehr. Die beiden Berechnungen differierten damit um 43 Prozentpunkte.

Sie glaube nicht, dass die Zahlen falsch seien; vielmehr habe man hier einen Trick angewendet, der zeige, dass Herr Brandt mit Bruttozahlen, der Bürgermeister aber mit Netto-Zahlen rechne.

Auch die Gründe des Bürgermeisters seien ganz andere: Es solle nämlich die Qualität verbessert werden und deshalb sollen die Eltern – obwohl „alle mit der Arbeit der Träger sehr zufrieden“ seien – nun zur Kasse gebeten werden.

Nach Meinung ihrer Fraktion könne jedoch die Staffelung der Beiträge nach der Höhe des Elterneinkommens und die Beitragsfreiheit für Geschwisterkinder in OGS oder KiTa nicht darüber hinweg täuschen, dass die durchschnittliche Mehrbelastung für die Brühler Familien eklatant ist.

Die Rechenbeispiele seien wenig realistisch, wenn nach Angaben des Familienministeriums von 2008 die Geburtenrate im Rhein-Erft-Kreis mit 1,43 Kindern pro Frau im Durchschnitt liege und auch die neuesten Zahlen des statistischen Bundesamtes zeigten, dass die Zahl der Babys immer weiter

zurück gehe. Die Bundesfamilienministerin begründe diese Entwicklung mit den schlechten Rahmenbedingungen.

Sie frage sich daher, warum man hier in Brühl die Rahmenbedingungen verschlechtern und die Eltern mehr zur Kasse beten wolle. Es bleibe der Eindruck, dass die Gebühren aus haushalterischen Gründen massiv erhöht werden sollen. Von „frisierter“ Vorlage lasse sich ihre Fraktion nicht täuschen. Man wolle, dass Brühl eine familienfreundliche Stadt bleibe und lehne die Erhöhung daher ab.

**Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD)** stellt fest, dass die neue Vorlage nur erläuternde Funktion habe und in keiner Weise auf die Beratungsergebnisse und auf die verschiedenen Anträge eingehe. Sowohl im SchA als auch im JHA seien von verschiedenen Fraktionen Vorschläge gemacht worden, wie man einerseits dem Problem der unterschiedlichen Qualitäten, für die derzeit überall der gleiche Preis gezahlt werde, und andererseits der sehr starken Progression im Einkommensbereich ab 60.000 € aufwärts, Rechnung tragen könne. Statt auf diese Anträge einzugehen, werde aber nur ein schönes Beispiel gerechnet.

Sicherlich sei nicht zu bezweifeln, dass in einzelnen Fällen, insbesondere bei Familien mit mehreren Kindern, die neue Satzung auch Vorteile biete und durchaus auch gerechtere Aspekte enthalte. Im Wahlkampf hätten allerdings alle Parteien einen Gebührenabbau angekündigt; stattdessen würden hier nun Gebühren stark angehoben.

Seine Fraktion beantrage, die Satzung heute nicht zu verabschieden, sondern die Qualitäten zunächst zu vereinheitlichen, damit für die gleiche Leistung auch überall der gleiche Preis gezahlt werde. Darüber hinaus solle die ausgesprochen starke Progression im Bereich über 60.000 € Familieneinkommen – immerhin zahlten bei den Kindergartenbeiträgen 17 % der Eltern den Höchstbeitrag – noch einmal überarbeitet werden. Andere Städte hätten z. B. noch eine Stufe bei 70.000 € oder 75.000 € eingebaut.

Diese beiden Punkte müssten zunächst verwaltungsseitig abgearbeitet werden.

**Bürgermeister Kreuzberg** macht deutlich, dass, wenn 17 % der Eltern tangiert seien, dies im Umkehrschluss bedeute, dass 83 % nicht betroffen seien. Er danke daher für die Klarstellung, dass die Mehrheit nicht betroffen sei und definitiv in den Genuss von Einsparungen komme. Die Kindergartenbeiträge würden im Übrigen genau nach diesem System erhoben, sodass man hier eine Vereinheitlichung erreiche. Dies entspreche dann auch der Umstrukturierung in der Verwaltung mit der Verlegung des Jugendamtes in ein anderes Dezernat.

Jede Familie, die mehr als ein Kind habe, komme durch diese familienfreundliche Komponente mindestens sieben Jahre lang in den Genuss einer Einsparung.

Es gebe nichts Besseres zur Förderung von Familienfreundlichkeit, als Kinderreichtum zu fördern. Wer mehr Kinder habe, solle auch weniger bezahlen. Das sei christ-soziale Politik, für die er stehe.

Natürlich könne man nach einem Jahr eine Überprüfung vornehmen und dann auch z. B. über die Einrichtung einer zusätzlichen Stufe im Einkommensbereich sprechen.

Die vorliegende Satzung, die nur das wiedergebe, was im Kindergartenbereich bereits seit den 80er Jahren Gang und Gäbe sei, jetzt als „Teufelswerk“ darzustellen, könne er allerdings nicht nachvollziehen.

**Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP)** erklärt eingangs, dass seine Fraktion sich der Stimme enthalten werde. Aufgrund der Haushaltslage müsse in Abwägung zur Kinder- und Jugendfreundlichkeit natürlich eine gewisse Kostendeckung gegeben sein. Insofern akzeptiere man die Einführung der einkommensabhängigen Gebührenerhebung für die OGS. Allerdings ergebe sich durch die Informationen in den Vorlagen des Bürgermeisters die Frage, ob nicht der Effekt genau gegenteilig sei, denn es werde eigentlich immer wieder der Einspareffekt für die Familien heraus gestellt. Ob die neue Satzung insgesamt also tatsächlich zu einer Mehreinnahme führe, sei fraglich, zumal keinerlei

Erkenntniszahlen vorliegen würden. So komme z. B. nicht jedes Kind nach dem Kindergarten

automatisch in eine OGS. Hier fehle eine Erhebung über das Verhältnis von Kindergartenkindern zu OGS-Kindern. Auch sei die Aussage nicht richtig, dass von den hohen Beiträgen nur die Ein-Kind-Familien betroffen seien, denn es könnte sich z. B. auch um das jüngste Kind handeln, das noch auf der OGS ist, während die Geschwisterkinder bereits weiterführende Schulen besuchten.

Bezug nehmend auf das Schlagwort „fairer Staat“ fordere seine Fraktion im Übrigen auch eine „faire Stadt“. Stattdessen müsse im Einkommensbereich über 60.000 € weit mehr als das Doppelte an Gebühren gezahlt werden. Es handele sich hier jedoch oft um Familien, die zwar ein gutes Einkommen hätten – obwohl dies natürlich das Brutto-Einkommen einschließlich Weihnachtsgeld sei -, die jedoch meist gleichzeitig noch ihr Haus abbezahlen müssten. Gerade über die Ansiedlung dieser Familien hier in Brühl müsse man froh sein. Wenn diese Familien nun 1.080 € bzw. 600 € Mehrkosten auf einen Schlag zahlen müssten, sei dies unfair.

**Fraktionsvorsitzender Riedel (LINKE)** kündigt Ablehnung an, da seine Fraktion eine kostenfreie Bildung für alle fordere. Stattdessen habe seine Fraktion die Erhöhung der Gewerbesteuer beantragt und gegen die Einrichtung einer dritten Stellvertreterin des Bürgermeisters gestimmt.

**Fraktionsvorsitzender Klug (CDU)** erklärt, dass seine Fraktion die Ausführungen des Bürgermeisters unterstütze. Er bitte, mit dem Begriff der Fairness vorsichtig umzugehen. Der Vorschlag der Verwaltung sei durchaus sozial ausgewogen und leistbar. Er habe festgestellt, dass er persönlich damals im Verhältnis mehr an Kindergartenbeiträgen gezahlt habe, als dies heute der Fall wäre.

Er bestreite nicht, dass die Gebührenerhöhung für die Betroffenen zunächst erheblich sei. Man dürfe allerdings nicht vergessen, dass es hier um den Bereich oberhalb eines Bruttoeinkommens von 62.000 € gehe. In der Kombination OGS und KiTa müsse man aber – vor allem ab dem zweiten Kind – auch den deutlichen Entlastungsfaktor sehen.

Man stehe in der heutigen Sitzung allerdings vor einem Problem. Die Satzung müsse schnellstens auf den Weg gebracht werden, da zum Schuljahresbeginn mit den Trägervereinen die Verträge abgeschlossen werden müssten. Bis dahin müsse Gebührenklarheit bestehen. Andererseits sei es natürlich wichtig, einen von der Mehrheit als tragfähig angesehenen Beschluss herbeizuführen. Er schlage daher eine erneute interfraktionelle Beratung und ggf. eine Sondersitzung des Rates vor.

**Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Baule (fw/bVb)** erinnert daran, dass ihre Fraktion eine sozial-verträgliche Gebührenstaffelung vorgeschlagen habe, die leider keine Mehrheit gefunden habe. Aus diesem Grund lehne man den Beschlussentwurf ab.

**Ratsherr Blanke (SPD)** gibt zu, dass die Vorlage sich deutlich verbessert habe, z. B. bei der Geschwisterermäßigung und auch bezüglich der Zusage, dass die Mehreinnahmen ausschließlich für Qualitätsverbesserungen ausgegeben werden sollen. Dennoch sei die Vorlage noch lange nicht gut. So fehle insbesondere eine Erklärung, wie man diese Qualitätsverbesserung in Zukunft sicherstellen wolle.

**Erster Beigeordneter Brandt** zitiert aus der Niederschrift der Schulausschusssitzung, Seite 7. Dort habe Herr Nahlik auf die Problematik der gegenseitigen Abwerbung qualifizierten Personals zwischen den Städten hingewiesen und das dadurch bedingte finanzielle Nachlegen zur Haltung bzw. Einstellung von gutem Personal. Diesem Erfordernis werde durch die Erhöhung des Trägerzuschusses Rechnung getragen. In der neuen Vorlage sei dies nochmals dargestellt. Insofern gehe es nur noch um die Refanzierung dieses Mehrbedarfs; dies sei auch Grundlage für den vorliegenden Beschlussvorschlag.

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen (GRÜNE)** verweist nochmals auf die durchschnittliche Erhöhung um 30%. Es sei ihm völlig unklar wie man hier von einer Verringerung sprechen könne, obwohl es im

Durchschnitt teurer werde.

Die Argumentation der gegenseitigen Abwerbung qualifizierten Personals führe im Übrigen dazu, dass man die Preisspirale dann regelmäßig noch oben treiben müsse. Das könne daher keine Lösung sein.

**Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD)** stellt klar, dass sein Vertagungsantrag nicht dazu dienen solle, dass die Fraktion noch einmal überlegen sollten. Vielmehr sollte die Verwaltung eine zustimmungsfähige neue Vorlage erarbeiten. Es müssten deutliche Änderungen vorgenommen werden hinsichtlich der Punkte Qualität und Gebührenstaffelung. Hier gebe es bereits Vorschläge sowie Beispiele aus Nachbarstädten.

Als Vertreter einer Organisation, die als Träger einer OGS fungiere, weist **Ratsherr Stiliz (CDU)** auf die Auswirkungen hin, die die heutige Vertagung der Angelegenheit nach sich ziehe. Der zwischen Träger und Stadt Brühl bestehende Vertrag sei gekündigt. Wenn dieser nicht bis zum Ende des Monats erneuert werde, müsse allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gekündigt werden, da der Arbeitgeber die Pflicht habe, die Kündigung drei Monate vor der Arbeitslosigkeit auszusprechen. Dies gelte für alle Träger. Die entlassenen Mitarbeiter würden dann möglicherweise an anderen Schulen eingestellt, sodass der Fortbestand der OGS in Brühl sehr stark gefährdet sei.

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen (GRÜNE)** fragt, ob Herr Stiliz aufgrund seiner Funktion nicht befangen sei.

**Bürgermeister Kreuzberg** erklärt, dass es eine Befangenheit bei Beitragssatzungen nicht gebe.

**Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Berg (SPD)** weist darauf hin, dass die alte Satzung weiter Bestand habe, wenn man keine neue Satzung verabschiede. Die Verträge könnten dann auf dieser Basis verlängert werden, sodass er das von Herrn Stiliz dargestellte Problem nicht sehe.

**Ratsfrau Küster (CDU)** hält fest, dass bei Eltern mit bis zu 50.000 € Einkommen nichts passiere. Bei den höheren Einkommen passiere in Teilen etwas. Die Erhöhung um 15 € im Schnitt komme daher, dass man die wirklich gut verdienenden Eltern mehr zu Kasse bitte. Man dürfe allerdings nicht vergessen – und das wolle sie noch einmal ganz deutlich herausstellen – dass viele Familien durchaus besser gestellt würden und dass man dies alles tue zugunsten einer Familienfreundlichkeit. Man wolle eben nicht die Ein-Kind-Familie wie in China. Wenn man mehr Kinder in den Familien habe, sei dies nur positiv für die ganze Gesellschaft. Dies müsse man auch kostenmäßig unterstützen. Sie habe heute mit einer Mutter von vier Kindern gesprochen, die sich auf die neue Gebührenregelung freue, da sie sich dann leisten könne, alle Kinder zur OGS zu schicken. Sie plädiere daher dafür, die Satzung heute zu verabschieden.

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen (GRÜNE)** ist verunsichert. Auf der einen Seite werde gesagt, dass das Personal nicht gehalten werden könne, wenn man die Gebühren nicht erhöhe. Auf der anderen Seite werde argumentiert, dass die Erhöhung erforderlich sei, um die Qualität zu verbessern. Er frage sich, was denn nun beabsichtigt sei.

**Fraktionsvorsitzender Klug (CDU)** betont nochmals, dass eine mehrheitsfähige Basis gefunden werden müsse. Er sei zwar fest davon überzeugt, dass man ohne eine Beitragserhöhung nicht hinkomme, sehe jedoch auch, dass der Verwaltungsvorschlag keine Mehrheit finde. Er könne daher der Vertagung zustimmen.

**Bürgermeister Kreuzberg** schlägt zur weiteren Absprache die Einberufung einer Ältestenratssitzung in dieser Angelegenheit vor. Dort könne dann auch der Termin für eine Sondersitzung des Rates festgelegt werden.

Der Rat vertagt die Beschlussfassung über die Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme von Kindern an der Offenen Ganztagschule an Grundschulen der Stadt Brühl - Vorlage Nr. 24/03 ax - .

- einstimmig -

**4.2 3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Brandschau in der Stadt**  
**Bezug: HA 19.4.10**  
**Vorlage-Nr. 106/99 j**

Der Rat beschließt die in der Anlage beigefügte 3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Brandschau in der Stadt Brühl.

- einstimmig -

**4.3 9. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für den Krankentransport und die Notfallrettung in der Stadt Brühl – Satzung Rettungsdienst –**  
**hier: Krankenkraftwagen-, Notarzteinsatzfahrzeug- und Notarztgebühr**  
**Vorlage-Nr. 106/99 l**

Der Rat beschließt, die als Anlage beigefügte 9. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für den Krankentransport und die Notfallrettung in der Stadt Brühl -Satzung Rettungsdienst-.

- einstimmig bei 2 Enthaltungen -

**5. Entgeltordnung für die Leistungen der Brandschutzdienststelle der Stadt Brühl**  
**Bezug: HA 19.4.10**  
**Vorlage-Nr. 106/99 k**

Der Rat beschließt die in der Anlage beigefügte Entgeltordnung für die Leistungen der Brandschutzdienststelle der Stadt Brühl.

- einstimmig -

**6. Widerruf der Bestellung der Betriebsleitung des ehemaligen Entsorgungsbetriebes ‚Abwasserbeseitigung‘**  
**Bezug: HA 19.4.10**  
**Vorlage-Nr. 23/95 p**

Der Rat beschließt den Widerruf von Andreas Brandt als Betriebsleiter und von Dieter Freytag als stellvertretenden Betriebsleiter.

- einstimmig -

**7. Wahl des Integrationsausschusses am 7.2.10**

**hier: Gültigkeit der Wahl**

**Bezug: WPA 15.4.10**

**Vorlage-Nr. 26/08 s**

Der Rat der Stadt Brühl erklärt die Wahl des Integrationsausschusses vom 07.02.2010 für gültig.

- einstimmig -

**8. Ermächtigungsübertragung aus dem Haushaltsplan 2009 nach 2010**

**Bezug: 1. Übertragungsvorlage Rat 1.3.10**

**Vorlage-Nr. 40/09 t**

Der Rat nimmt die Übertragung von weiteren Ermächtigungen aus dem Haushalt 2009 nach 2010 gem. § 22 Abs. 4 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) zur Kenntnis.

**9. Haushaltssatzung 2010**

**hier: Anzeigeschreiben Kommunalaufsicht Rhein-Erft-Kreis**

**Bezug: Rat 1.3.10 und HA 10.5.10**

**Vorlage-Nr. 40/09 s**

Der Rat nimmt das als Anlage beigefügte Anzeigeschreiben des Rhein-Erft-Kreises zum Haushalt 2010 zur Kenntnis.

- einstimmig bei 2 Enthaltungen -

**10. Klage gegen das Einheitslastenabrechnungsgesetz**

**Bezug: HA 10.5.10**

**Vorlage-Nr. 24/10**

Der Rat der Stadt Brühl beschließt, sich der Klage gegen das Einheitslastenabrechnungsgesetz anzuschließen bzw. für den Fall, dass keine direkte Verfahrensbeteiligung notwendig oder möglich ist, das Verfahren durch anteilige Übernahme der Kosten zu unterstützen.

- einstimmig -

**11. Bahnhofsumfeld**

**Bezug: HA 19.4. u. 10.5.10**

**Vorlage-Nr. 11/09 c**

Der Rat nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis und beauftragt ihn, erneut mit dem Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen über die Bahnhofsumfeldgestaltung mit dem Ziel zu verhandeln, die Ensemblewirkung der Grünfläche zwischen Bahnhofsgebäude, Max Ernst Museum und Comesstraße zu erhalten. Gleichzeitig bekräftigt der Rat nochmals seinen Beschluss vom 27. April 2009 zur Umgestaltung des Brühler Bahnhofs bzw. des Bahnhofsumfeldes gem. Planvariante A.

- einstimmig -

## 12. Regionale 2010/RegioGrün

### Festlegung eines Stadtumbaugebietes West gem. § 171b BauGB

Bezug: PStA 26.1.10

Vorlage-Nr. 19/03 k

Gemäß § 171b BauGB Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 24. Dezember 2008 (BGBl. I S. 3018), werden die im Anlageplan (Anlage 2, Stadtumbaugebiet) dargestellten Flächen in der Stadt Brühl als Stadtumbaugebiet festgelegt.

Der Anlageplan ist Bestandteil des Beschlusses.

- einstimmig -

## 13. Ergebnisabführungsvertrag Stadtwerke/Gebausie

hier: Beauftragung Gesellschaftervertreter

Vorlage-Nr. 27/10

Der Rat beauftragt den Gesellschaftervertreter, Herrn Wolfgang Poschmann, in der Gesellschaftsversammlung der Stadtwerke Brühl GmbH folgenden Beschluss herbeizuführen:

Die Gesellschafterversammlung der Stadtwerke beauftragt den Geschäftsführer der Stadtwerke, einen Ergebnisabführungsvertrag mit der Geschäftsführung der Gebausie abzuschließen.

- einstimmig bei 9 Enthaltungen -

## 14. Antrag

### 14.1 Finanzielle Auswirkungen der Aufgabenzuweisung des Landes NRW an die Kommunen

hier: Antrag der Fraktion ‚Die Linke.‘ vom 22.3.10

Vorlage-Nr. 7/03 c

**Fraktionsvorsitzender Riedel** (LINKE) erläutert nochmals den Antrag seiner Fraktion.

**Fraktionsvorsitzender Schmitz** (fw/bVb) weist darauf hin, dass es sich hier wohl um einen durchgängigen Antrag der LINKEN in allen Räten handele. Seine Fraktion könne zwar dem unter Buchstabe a aufgeführten Prüfauftrag Zustimmung geben. Allerdings sei er hinsichtlich der Erfolgsaussichten einer Klage (Buchstabe b) skeptisch.

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) führt aus, dass es nach Aussage des Wesselingers Stadtkämmerers Hadel ohne Vorliegen eines konkreten Falles zu keiner Anerkennung der Klage kommen werde. Zum einen gelte das Konnexitätsprinzip nicht für vor 2004 zugewiesene Aufgaben und zum anderen sei das Land zum Finanzausgleich „im Rahmen seiner Fähigkeiten“ verpflichtet. Im übrigen sei dieser Weg sicherlich schon längst beschritten worden, wenn eine solche Klage Aussicht auf Erfolg hätte. Für aussichtsreicher halte er die Klage gegen das Einheitslastenabrechnungsgesetz, der man sich gemäß dem eben gefassten Beschluss anschließen wolle.

**Ratsherr Weitz** (SPD) berichtet, dass es in dieser Angelegenheit bereits eine Klage vor dem Landesverfassungsgericht gegeben habe. Dieses habe entschieden, dass eine Verletzung des Konnexitätsprinzips nicht gegeben sei. Möglicherweise habe sich der Antrag dadurch erledigt.

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) erklärt, dass er eigentlich eine Verwaltungsvorlage in dieser Angelegenheit erwartet habe. Es könne nicht Aufgabe von Herrn Klug und Herrn Weitz sein, diesbezügliche Informationen zu recherchieren. Er bitte daher um Vertagung des Antrages.

**Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Berg** (SPD) schließt sich dem Vertagungsantrag an. Der Zielrichtung des Antrages könne seine Fraktion zustimmen. Allerdings sei der Antrag in der

vorliegenden Form wohl nicht zustimmungsfähig.

**Fraktionsvorsitzender Riedel** (LINKE) erklärt, dass ihm von einem Urteil des Landesverfassungsgerichtes nichts bekannt sei. Der Vertagung könne er daher zustimmen und auch der Forderung an die Verwaltung zur Vorlage entsprechender Informationen.

**Ratsfrau Niclasen** (Grüne) berichtet, dass die LINKEN in Hürth den gleichen Antrag gestellt hätten. Dort habe die Verwaltung dargelegt, dass der Städte- und Gemeindebund zuständig sei. Sie schlägt vor, dass der Stadtkämmerer das Anliegen dort einmal zur Sprache bringt.

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) spricht sich gegen die Vertagung aus.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) bezeichnet die Angelegenheit als politische Aufgabe. Da die Klage in seinen Augen unzulässig sei, lehne er den Antrag ebenfalls ab.

---

1. Der Rat lehnt die Vertagung des Antrages ab.

Abstimmungsergebnis: 27 : 24

2. Der Rat lehnt den Antrag der Fraktion DIE LINKE ab.

Abstimmungsergebnis: 31 : 9 bei 11 Enthaltungen

## **15. Umbesetzung in Ausschüssen**

### **15.1 Umbesetzung im Schulausschuss**

**hier: Antrag der städt. Katholischen Grundschule Brühl-Pingsdorf vom 11.3.2010  
Vorlage-Nr. 105/94 de**

Der Rat wählt Frau Karin Hansch als stellvertretendes beratendes Mitglied in den Schulausschuss der Stadt Brühl.

- einstimmig -

### **15.2 Umbesetzung im Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung**

**hier: Antrag der fw/bVb-Fraktion vom 16.4.10 – mündlich vorgetragen -**

Der Rat beschließt, anstelle von Heinz Schmitz (ordentliches Mitglied) und Frau Mathilde Hillmann (stellvertretende sachkundige Bürgerin im PStA) Herrn Jürgen Elzer als ordentliches Mitglied und Herrn Eric Menzel als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung zu wählen.

- einstimmig -

## **16. Anfragen**

### **16.1 Mitfinanzierung der Wirtschaftsförderung Rhein-Erft GmbH (WfG) durch die Stadt Brühl Vorlage-Nr. 32/86 q+r**

Der Rat nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

---

**Fraktionsvorsitzender Riedel** (LINKE) kritisiert die schwammige Antwort zur zweiten Frage, die er

nicht als beantwortet betrachte, da konkrete Fälle nicht benannt würden.

**Bürgermeister Kreuzberg** erwidert, dass er die Frage sehr wohl als beantwortet ansehe und seinen Ausführungen nichts hinzuzufügen habe.

**Fraktionsvorsitzender Schmitz** (fw/bVb) bezeichnet die WfG als sehr kostenträchtige und zu Lasten der Stadt tätige Organisation. Da der jährliche Verlust in Höhe von 569.000 € nicht mehr tragbar sei, plädiere er für die Auflösung der WfG.

**Bürgermeister Kreuzberg** entgegnet, dass hier nicht der richtige Ort sei, einen solchen Antrag zu stellen. Vielmehr müsse man dieses Anliegen im Kreistag vorbringen.

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) spricht sich ebenfalls für die Beratung im Kreistag aus. Man müsse allerdings bedenken, dass sich die Kosten bei Auflösung der WfG nicht auf Null reduzierten sondern dann voraussichtlich immer noch bei ca. 400.000 € im Jahr liegen würden.

Die zweite Frage sei in seinen Augen konkret und ausführlich beantwortet. Natürlich betreibe jede Kommune örtliche Wirtschaftsförderung; dennoch sei auch eine Unterstützung auf Kreisebene sinnvoll. So könnten z. B. wertvolle Informationen an die Kommunen weitergegeben werden.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) hält die Arbeit der WfG keinesfalls für nutzlos. Es handele sich in seinen Augen um „Kirchtumsdenken“ wenn man glaube, ohne die WfG auf Kreisebene auszukommen. Auch die erwähnten Zahlen hinsichtlich des jährlichen Defizites seien falsch. Er spreche sich jedoch ebenfalls dafür aus, die Entscheidung dem Kreistag zu überlassen.

## 17.2 „Felgenkiller“

**Ratsfrau Grafe** (SPD) weist darauf hin, dass der Übergang vom Nord-Süd-Weg über die Pingsdorfer Straße zur Straße 'In der Maar' weggefräst worden sei. Dies sei bei Überquerung mit dem Fahrrad nun eine sehr gefährliche Stelle, da man in der entstandenen Rinne hängen bleibe. Sie fragt, warum der Übergang weggefräst worden sei, warum er nun in dieser Form bestehe, ob weitere „Reparaturen“ dieser Art im Stadtgebiet geplant seien und wie man sicher stellen wolle, dass nach diesen Eingriffen ein besserer Zustand bestehe. Das gleiche Problem betreffe im Übrigen auch den Kreisel Kölnstraße/Comesstraße.

**Bürgermeister Kreuzberg** sagt schriftliche Beantwortung zu.

## 17.3 Gewerbegebiet Nord; Verschmutzung durch Kiesgrubenfahrzeuge

**Fraktionsvorsitzender Schmitz** (fw/bVb) berichtet von Beschwerden der Anwohner über die Fahrzeuge, die erheblichen Dreck verlieren würden. Er fragt, ob die Betreiber angehalten würden, die Straßen zu reinigen.

**Bürgermeister Kreuzberg** teilt mit, dass dies selbstverständlich geschehe und grundsätzlich auch funktioniere.

## 17.4 Fahrzeuge Eisenwerk

**Fraktionsvorsitzender Schmitz** (fw/bVb) berichtet von Fahrzeugen, die das Gelände des Eisenwerkes verließen und Schlacke, teilweise sogar heiße Schlacke, transportieren würden, ohne diese mit einer Plane zu sichern. Hier müsse die Stadt unbedingt eingreifen, da die Schlacke oft auf der Straße lande und eine Gefahr darstelle.

**Bürgermeister Kreuzberg** sagt weitere Veranlassung zu.

## 17.5 Information der Jugendhilfeausschussmitglieder

**Fraktionsvorsitzender Schmitz** (fw/bVb) nimmt Bezug auf die letzte Jugendhilfeausschusssitzung. Dort sei das Mitglied seiner Fraktion im Zusammenhang mit der Frage nach der Information über

Fortbildungsveranstaltungen des Landschaftsverbandes für Jugendhilfeausschussmitglieder völlig ungerechtfertigt „abgebügelt“ worden. Tatsache sei jedoch, dass dieser nie von solchen Veranstaltungen erfahren habe. Möglicherweise gebe es einen Verteiler, in dem jedoch die Mitglieder se.

**Ratsherr Weitz** (SPD) weist den Vorwurf, dass jemand „abgebügelt“ worden sei, als unwahr entschieden zurück.

**Stadtkämmerer Freitag** stellt richtig, dass lediglich alle anderen Mitglieder gesagt hätten, dass sie bereits seit Jahren die Informationen erhalten.

### **17.6 Fahrraddiebstahl und Einbrüche**

**Ratsfrau Niclasen** (Grüne) nimmt Bezug auf die in letzter Zeit angestiegene Zahl von Fahrraddiebstählen und Einbrüchen in Brühl und fragt, wie sich die Verwaltung dies erkläre.

**Bürgermeister Kreuzberg** bestätigt, dass seit einiger Zeit tatsächlich ein signifikanter Anstieg in Brühl zu verzeichnen sei - ein Umstand, den natürlich niemand wünsche. Es sei allerdings Aufgabe der Polizei, hier tätig zu werden, obwohl die Stadt bereits viel unternehme. Laut Auskunft der Polizei gebe es im Übrigen in Brühl sehr viele Fahrräder, sodass laut Statistik hier auch mehr Diebstähle zu verzeichnen seien.

### **17.7 Frauenförderplan**

**Ratsfrau Niclasen** (Grüne) fragt nach dem Sachstand und bittet um Vorstellung des aktuellen Frauenförderplanes.

**Bürgermeister Kreuzberg** sagt weitere Veranlassung zu.

### **17.8 Spielplatz Mühlenberg**

**Ratsherr Gerharz** (CDU) fragt, wann mit dem Ausbau begonnen werde.

**Bürgermeister Kreuzberg** sagt schriftliche Beantwortung zu.

### **17.9 Querungsmöglichkeit Kuckuckstor für Rollstuhlfahrer**

**Ratsfrau Küster** (CDU) nimmt Bezug auf die ablehnende Entscheidung des Landeskonservators und fragt, ob es andere Möglichkeiten gebe.

**Bürgermeister Kreuzberg** weist darauf hin, dass der Eingang über das Tor „Franziskanerhof“ barrierefrei sei.